

Geopolitische Konfrontationspolitik der EU bringt Risiko des thermonuklearen Weltkriegs!

Von Helga Zepp-LaRouche – 1. Februar 2014

Die von geopolitischen Interessen geleitete Politik des Westens, also der USA und der EU, hat in der Ukraine ein Nazi-Monster geschaffen, dessen Konsequenzen uns allen den Garaus machen könnten. Als Folge von zwei Jahrzehnten der Einflußnahme ausländischer Interessen in der Ukraine drohen nicht nur ein Bürgerkrieg und die mögliche Spaltung des Landes, sondern auch die nukleare Konfrontation mit Rußland.

Was? Aber das ist doch gar nicht das, was wir jeden Tag in der Tagesschau zu hören bekommen? Sind das nicht friedliebende Demonstranten, die in das freie Europa und der drohenden Diktatur Putins entkommen wollen?

Stellen wir uns vor, in Berlin würde etwas Entsprechendes passieren wie das, was sich heute in der Ukraine abspielt. Der Bereich um Reichtagsgebäude und Kanzleramt wäre barrikadiert und von Anhängern von Organisationen belagert, die Hakenkreuze als Parteilogos benutzen und Nazi-Parolen rufen, einige Gebäude in der Nähe wären von der NPD besetzt, maskierte und schwerbewaffnete Söldner aus Kriegen im Irak und Syrien, die auf der Seite der Al-Kaida gekämpft hatten, werfen Molotow-Cocktails und besetzen das Justizministerium, und in der übrigen Bundesrepublik sind 2200 ausländisch finanzierte Nichtregierungsorganisation unterwegs, die die von ihnen bezahlten Aktivisten dazu animieren, lokale Bürgermeisterbüros und Stadtverwaltungen zu besetzen und die Absetzung von Bundeskanzlerin Merkel zu fordern. Die ordentlich gewählte Regierung Merkel würde versuchen, durch Polizeieinsätze diese Plätze zu räumen, und würde dann von allen Ländern Asiens und Afrikas beschimpft, den Freiheitswunsch der Bürger zu mißachten.

Das hier spiegelbildlich gezeichnete Szenario ist exakt das, was derzeit in der Ukraine vonstatten geht, und es kann kein Zweifel bestehen, daß dies der EU, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem EU-Außenpolitiker Elmar Brok bekannt ist, denn viele ihrer Vertreter gehen seit Wochen mit den Demonstranten auf Tuchfühlung. Es gibt inzwischen eine ganze Reihe Zeitungen wie *Time Magazine* und der britische *Guardian*, um nur einige zu nennen, die auf den faschistischen Charakter

der Opposition in der Ukraine hinweisen. Stephen Cohen, Professor für Rußlandstudien an der New Yorker Universität und in Princeton, brachte es in einem Interview mit Amy Goodman von *Democracy Now* auf den Punkt: Es handele sich um einen Staatsstreich durch rechtsextreme Nazis gegen eine demokratisch gewählte Regierung. „Wer hat diese Krise ausgelöst? Es war die Europäische Union. Im wesentlichen hat die EU der Ukraine ein Ultimatum gegeben: Unterzeichnet das EU-Assoziierungsabkommen, sonst... Und was war dieses Abkommen?“, fragte er. Es wäre eine wirtschaftliche Katastrophe für die Ukraine gewesen. „Was hat die EU angeboten? Die gleiche Austeritätspolitik, die ganz Europa ruiniert. Nichts anderes. Und mehr noch, wenn man die Unterlagen des EU-Angebots an die Ukraine liest, findet man da einen langen Absatz über militärische Kooperation. Praktisch müßte die Ukraine, wenn sie das unterzeichnen würde, der Militärpolitik der NATO folgen. Was würde das bedeuten? Das würde bedeuten, eine neue Grenzlinie des Kalten Krieges zu ziehen, was vorher Berlin war, mitten durch das Herz der slawischen Zivilisation, direkt an der Grenze zu Rußland.“

Einkreisung Rußlands

Schauen wir uns die freiheitlichen, europaliebenden Demonstranten deshalb noch ein bißchen genauer an.

Die Swoboda-Organisation, mit deren Anführer Oleg Tjagnibok sich nicht nur Senator McCain gerne ablichten läßt, hat überall die rot-schwarze Flagge der OUN (Organisation der ukrainischen Nationalisten) und ihres militärischen Flügels UPA (Ukrainische Aufstands Armee) gehißt. Deren Gründer Stepan Bandera war ein führender Kollaborateur der Nazis während des Zweiten Weltkriegs und hatte deren Invasion durch seine Untergrundorganisation vorbereitet. Die OUN/UPA war 1943-44 für Massaker an bis zu 100.000 Polen verantwortlich, wurde laut der offiziellen Geschichte des britischen MI6 nach Kriegsende vom britischen Geheimdienst übernommen und in den 50er Jahren von der Organisation Gehlen gesteuert, nachdem Reinhard Gehlen Chef des BND geworden war.

Ukrainische Quellen berichten über die Beteiligung einer weiteren radikalen Gruppierung, deren Name auf ukrainisch Spilnya Sprava („Gemeinsame Sache“) lautet, die das Kürzel „SS“ führt und die sich als Sturmtruppen betrachten. Antisemitische, russophobe und rassistische Parolen dominieren die Szene, und es kam bereits zu Übergriffen auf Vertreter der entsprechenden Gruppierungen. Es gibt weiterhin Berichte über die Infiltration der Demonstranten durch über 300 ukrainische „Afghansi“, Kämpfer, die in Syrien auf der Seite der Al-Kaida-Gruppierungen gegen die Assad-Regierung gekämpft haben und daher über extreme Kampferfahrung verfügen.

In der Ukraine ist zweifellos ein faschistischer Putsch im Gang.

Aber wie Präsident Putins Berater Sergej Glasjew soeben betonte, sind diese Nazis nicht plötzlich aus den Wäldern aufgetaucht, sondern die Ukraine ist seit 20 Jahren Zielscheibe der gleichen Politik des Regimewechsels durch die Kräfte des anglo-amerikanischen Empires – zu dessen regionaler Unterabteilung sich die EU entwickelt hat – wie der Irak, der Iran, Libyen, Syrien und schließlich Rußland und China. In diesen zwei Jahrzehnten haben diverse US-Kreise, die NATO, George Soros sowie eine beachtliche Anzahl von Stiftungen und Denkfabriken schätzungsweise zwischen 30 und 40 Milliarden Dollar in den Aufbau prowestlicher, antirussischer Netzwerke und 2200 (!) Nicht-regierungsorganisationen investiert, die nur einem einzigen Zweck dienen sollen: dem Herausbrechen der Ukraine aus jeglicher Form der Assoziierung mit Rußland, letztlich die Integration in das Militärbündnis der NATO und die Vervollkommnung der Einkreisung Rußlands.

Diese Netzwerke waren auch für die sogenannte „Orangene Revolution“ 2004 verantwortlich. In Georgien wurde derselbe Prozeß der Subversion „Rosen-Revolution“ genannt, in der arabischen Welt „Arabischer Frühling“, in Rußland „Weiße Revolution“ oder „Russischer Frühling“, wo der Versuch allerdings scheiterte. Nach demselben Modus operandi wird im übrigen auch in Thailand der Mob gegen die rechtmäßige Regierung eingesetzt. Nach dem Ausbruch der Gewalttätigkeiten im letzten November wies Präsident Putin darauf hin, daß der Ausbau dieser Netzwerke eigentlich erst im Hinblick auf den Präsidentschaftswahlkampf 2015 geplant war, sie seien aber durch die Aufkündigung des Assoziierungsabkommens mit der EU auf dem EU-Gipfel in Vilnius vorzeitig aktiviert worden.

Man muß die Gesamtstrategie der USA, der NATO und der EU gegenüber Rußland und China in Rechnung stellen, die faktische Vorwärtsverteidigung der NATO, deren Ausdruck u.a. die Stationierung der Patriot-Raketen in der Türkei ist (deren Verlängerung der Bundestag soeben abgesegnet hat); des weiteren die Stationierung des US-Raketenabwehrsystems in Osteuropa an der russischen Grenze und die Air-Sea-Battle

Doktrin gegen China, was beides darauf abzielt, die nuklearen Zweitschlagkapazitäten dieser Länder auszuschalten. Sowohl Rußland als auch China haben unmißverständlich klargestellt, daß sie angesichts dieser Bedrohung keineswegs kapitulieren, sondern mit wirksamen Gegenmaßnahmen – dem Einsatz ihrer nuklearen Streitkräfte – antworten werden.

Die skandalöse Scheinheiligkeit der EU, der Konrad-Adenauer-Stiftung und solcher Ausgeburten der Demokratie wie Elmar Brok hat ihre Motivation in der langfristig angelegten Einkreisungsstrategie gegenüber Rußland und China, die seit dem Fall der Mauer 1989 verfolgt wird. Und daß diese Strategie, die letztendlich auch auf den Regimewechsel oder die Kapitulation dieser beiden Staaten vor dem Imperium der Globalisierung abzielt, auch die nukleare Konfrontation bezüglich der Ukraine in Kauf nimmt, darüber phantasierte der *Economist* bereits in einem Artikel vom 15. März 2007. In diesem „futorologischen“ Essay prognostiziert das Hausblatt der Londoner City die nukleare Konfrontation in Bezug auf die Ukraine, zu der die EU die Obama-Administration anheizt und deren „Erfolg“ darin besteht, die nächste Runde der Ostausweitung in Gang zu setzen.

Die EU hat sich mit ihrer Politik gegenüber der Ukraine vollständig entlarvt. Es ist nicht vergessen, daß die griechische und spanische Polizei auf Geheiß der Troika nicht minder hart gegen Demonstranten vorgegangen ist, die gegen die brutale Sparpolitik zugunsten der Banken protestierten. Und es geht der EU natürlich auch nicht um das Wohl der Menschen in der Ukraine, deren wirtschaftliche Not nicht zuletzt als Folge der Schocktherapie der 90er Jahre groß ist. Sonst hätte sie ja einfach auf Putins Angebot für einen dreiseitigen Gipfel zwischen der EU, der Ukraine und Rußland eingehen können. Die Tatsache, daß die EU diesen Gipfel abgelehnt hat, verrät die wahre Absicht: geopolitische Konfrontation!

Der russische Außenminister Lawrow stellte auf der Münchener Sicherheitskonferenz die offensichtliche Frage, was das Anstiften der Unruhen mit Demokratie zu tun habe: „Warum gibt es keine Verurteilung derjenigen, die hier Regierungsgebäude besetzt und die Polizei angegriffen haben, wieso wird das von der EU auch noch befördert, wo doch in ihren Mitgliedstaaten ein solches Vorgehen sofort geahndet würde?“

Wenn die EU ihr skandalöses Verhalten nicht augenblicklich korrigiert, den Nazi-Aufstand verurteilt, jegliche finanzielle Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen einstellt und auf das Angebot Rußlands für einen dreiseitigen Gipfel eingeht, dann wird der sofortige Austritt Deutschlands aus dieser Union zu einer existentiellen Frage der Selbsterhaltung.

Wegen der Konsequenzen der Politik der EU war es nötig, eine Unabhängigkeitserklärung für die europäischen Nationen zu schreiben (siehe bueso.de/node/6977) – als sehr ernst gemeinte Plattform für unser aller Überleben.

29 UKRAINISCHE ORGANISATIONEN:

Dringlicher Appell an die internationale Staatengemeinschaft gegen Bürgerkrieg und Putsch in der Ukraine!

Die ukrainische Ökonomin Natalja Vitrenko und 28 weitere führende Vertreter ukrainischer Parteien und Organisationen veröffentlichten am 25. Januar den folgenden Appell gegen die Destabilisierung des Landes. Angesichts der absolut einseitigen deutschen Medienberichterstattung und der aggressiven politischen Einflußnahme von EU-Vertretern wie dem deutschen Europaabgeordneten Elmar Brok (CDU), veröffentlichen wir diesen Aufruf hier im Wortlaut, um der Öffentlichkeit einen Zugang zu anderen Informationen zu ermöglichen. Und die Frage stellt sich: wie ernst meint es die deutsche Politik wirklich mit ihrer Stellung gegen einen neuen Holocaust und einen neuen Faschismus?

.....

Stoppt die Versuche, einen Bürgerkrieg, einen Putsch und den Zerfall des Landes herbeizuführen!

Appell politischer Parteien und öffentlicher Organisationen
der Ukraine an den UN-Generalsekretär und die Führungen
der EU und der USA – 25. Januar 2014

.....

Die politische Krise der Ukraine verschlimmert sich von Tag zu Tag und führt das Land auf den Weg in einen Bruderkrieg, den Verlust seiner Souveränität und den Zerfall des Staates. Dies ist ein ausländisches Projekt, die Ukraine zu besetzen. Es wird gegen die Interessen und die Forderungen unserer Bevölkerung umgesetzt. Es wird auf verfassungswidrigem Wege durchgeführt und unter Verletzung internationaler Normen und Prinzipien, die auf friedlichem Handeln, freien Wahlen, Freiheit der Rede und Respekt vor den Menschenrechten gründen.

Da die internationalen Medien die Informationen über die Ukraine vorsätzlich verzerren, die dann von Politikern und Vertretern der EU und der USA aufgegriffen und als Vorwand zur Unterstützung illegaler Aktionen der Guerilla verwendet werden, sehen wir uns verpflichtet zu dem folgenden Appell:

1. Der Vorwand für die Veranstaltung des Euromaidan in Kiew war die Weigerung der Regierung und des Präsidenten der Ukraine, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Wir verweisen auf den Inhalt dieses Dokuments, um dessentwillen die parlamentarische Opposition die Menschen auf den Maidan gerufen hat. Der Kern des Arguments ist der völlige Verlust der Souveränität der Ukraine durch den Transfer der Entscheidungsautorität auf supranationale Körperschaften (den Assoziierungsrat und den Handelsausschuß), wodurch diese juristisch über die

Verfassung und die Gesetze der Ukraine gestellt werden. Es ist zweifelsfrei erwiesen, daß dies der Nationalen Souveränitätserklärung der Ukraine, der Verfassung der Ukraine und den Entscheidungen des Verfassungsgerichtes der Ukraine widerspricht. Es widerspricht auch den Willensäußerungen des Volks der Ukraine in den Referenden vom 17. März und vom 1. Dezember 1991.

Die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU würde unbestreitbar zur Zerstörung der Wirtschaft, der Industrie, der Landwirtschaft, des Dienstleistungssektors und der Wissenschaft des Landes führen.

Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU würde zur völligen Beseitigung von Staatseigentum führen, das mit den Oligarchen des Westens in Konkurrenz steht.

Das Assoziierungsabkommen mit der EU würde die nationale und staatliche Souveränität der Ukraine beseitigen. Die darin eingebetteten politischen Konvergenzmechanismen würden auch die politische Souveränität beseitigen und die Ukraine in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbinden. Dieses rußlandfeindliche Projekt sieht die Vertreibung der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation aus Sewastopol und der Krim insgesamt vor, und zieht die Ukraine in den militärischen Block der NATO.

Die oben genannten Argumente bestätigen, daß das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU

ein Projekt des Westens zur Übernahme und Kolonisierung der Ukraine ist. Mit seiner Umsetzung wurde die parlamentarische Opposition beauftragt: die Parteien Batkiwschtschyna (Vaterland), Klitschkos Udar (Schlag) und Swoboda (Freiheit).

2. Wir halten es für notwendig, Ihre genaue Aufmerksamkeit auf die politischen Kräfte zu lenken, die den Euromaidan organisierten und heute Kampfhandlungen auf dem Boden der Ukraine durchführen. Die Terroristen haben nicht nur blutige Kämpfe mit den Polizeikräften in Gang gesetzt, sie besetzten Regierungsgebäude und legten Brände in den Parteibüros ihrer politischen Gegner, und sie verwenden die Gesetze des Pöbels gegen die Bürger der Ukraine. Dies bedroht unbestreitbar die Sicherheit und das Leben der Bürger und ihre Würde und die Unverletzbarkeit ihres Eigentums.

Sie sollten verstehen, daß Sie selbst, indem Sie die Aktionen der Guerillas in der Ukraine unterstützen und ihnen den Status von „Euromaidan-Aktivisten“ zuerkennen, die sich an angeblich friedlichen Aktionen beteiligen, direkt ukrainische Neonazis und Neofaschisten schützen, aufstacheln und antreiben.

Keiner dieser Oppositionellen (Jazenjuk, Klitschko und Tjagnibok) verhehlt, daß sie Anhänger der Ideologie und Praxis der Organisation Ukrainischer Nationalisten – Ukrainischen Aufstandsarmee (OUN-UPA) sind. Sie durchsetzen ihre Reden auf dem Maidan mit dem Ruf „Ruhm der Ukraine – Ruhm den Helden!“ Dieser Nazigruß wurde im April 1941 von den ukrainischen Nationalisten (bei der zweiten Versammlung der OUN) eingeführt, als Kopie der entsprechenden Slogans von Hitlers Naziartei. Andere Slogans, die auf dem Maidan regelmäßig skandiert werden, lauten: „Ruhm der Ukraine – Tod ihren Feinden“ „Ukraine über alles“ – „Ukraine den Ukrainern“ – „Erdolcht die Moskowiter und hängt die Kommunisten“.

Wo immer die Euromaidan-Leute in der Ukraine hinkommen, verbreiten sie, neben den genannten Slogans, auch rassistische Symbole wie das Wolfskreuz, eines der ersten Embleme von Hitlers NSDAP, das Keltische Kreuz eines der wichtigsten Symbole der Neonazis und Rassisten, das für die Überlegenheit der weißen Rasse steht, und die Zahlen 14 und 88. Die 14 steht für die Vierzehn Worte des amerikanischen Neonazis David Lane, der wegen Menschenrechtsverletzungen und Bildung einer kriminellen Vereinigung im Bundesstaat Indiana zu 190 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, die 88 steht als Kode für „Heil Hitler“ (da der Buchstabe „H“ der achte des Alphabets ist). Der rechte Sektor, der die Guerillas koordiniert, verwendet bei allen seinen Aktionen die schwarz-rote Flagge. Sie ist ein Symbol der Nazi-Ideologie von „Blut und Boden“, die 1930 als eine Form der nationalsozialistischen Doktrin konsolidiert wurde, die Hitler und seine Anhänger nach ihrer Machtübernahme 1933 dazu benutzen, ihr Regime zu rechtfertigen.

Der Neonazi-Charakter des Euromaidan zeigt sich auch in der ständigen Verwendung von Portraits der blutigen Henker unseres Volkes, Bandera und Schuchewitsch – Agenten der Abwehr unter den Tarnnamen „Grau“ und „Taras Tschuprinka“ Am 14. Januar wurde am Rathaus von Kiew [das von den Demonstranten besetzt war] als Provokation ein Portrait Banderas ausgehängt. Nach dem darauffolgenden Skandal wurde es dann ins Innere des Gebäudes verlegt. Ebenso teuflisch war der Marsch der Maidan-Teilnehmer mit Fackeln durch die Innenstadt am 1. Januar – Banderas Geburtstag.

Nicht nur der Kiewer Maidan, sondern auch die Maidans in anderen Regionen der Ukraine waren stark durchsetzt von der Naziideologie, und sie nutzen die Praktiken ihrer Vorgänger – in ihren Aktionen gegen die Polizeibehörden wie gegen ukrainische Zivilisten (einschließlich ihrer politischen Gegner).

Entweder verfolgen Washington und Brüssel den gefährlichen Kurs, den Nazi-Charakter des Euromaidan zu ignorieren, oder sie schließen bewußt ihre Augen und vertuschen die faschistische Ideologie der parlamentarischen Opposition und des Euromaidan in der Ukraine. Es ist angemessen, zu fragen: „Haben die UN, die EU und die USA aufgehört, die Charta und die Urteile der Nürnberger Kriegsverbrechertribunale anzuerkennen, wo Hitlers Nazis und ihre Handlanger verurteilt wurden? Haben die Menschenrechte in den Ländern der EU und in der Weltgemeinschaft keinen Wert mehr? Betrachtet man die Verehrung Hitlers und seiner Massenmorde an Zivilisten durch ukrainische Nationalisten jetzt als Demokratie?“

3. Die Rechte jener Bürger der Ukraine, die den Nazismus und den Neonazismus verurteilen, eine andere Ideologie vertreten, die Souveränität der Ukraine verteidigen und das Assoziierungsabkommen mit der EU kategorisch ablehnen, während sie in der Integration der Ukraine in die Zollunion einen Ausweg aus der Krise sehen, werden mit Füßen getreten! Repräsentative Umfragen zeigen, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung die Integration der Ukraine mit Rußland befürworten, und daß 97% den Nazismus ablehnen. Denken die EU und die UN, daß die Rechte dieser zig Millionen von Ukrainern nicht verteidigt werden sollen? Betrachten die EU und die UN es als Standard der Demokratie, wenn sogenannte „Selbstschutz-Einheiten“ des Euromaidan unter Verstoß gegen die Verfassung und die Normen des Völkerrechtes Bürger entführen, durchsuchen, verhören, foltern und abführen, um die „Urteile“ zu vollstrecken?

Wie bestehen auf der Beteiligung unserer Vertreter an den Verhandlungen mit dem Präsidenten der Ukraine und der parlamentarischen Opposition, und wir bitten Sie, diese Forderung zu unterstützen. Wir bitten auch dringend darum, daß Sie eine autorisierte Delegation der Unterzeichner empfangen, um objektive Informationen zu erhalten über das, was in der Ukraine geschieht.

Wir als Anführer politischer Parteien und öffentlicher Organisationen der Ukraine bringen hiermit unserer Sorge zum Ausdruck, daß Politiker und Vertreter der UN, der EU, der USA und der internationalen Gemeinschaft eine verzerrte Wahrnehmung der Ereignisse haben, die organisiert werden, um einen Staatsstreich in der Ukraine herbeizuführen, und keine wirksamen Maßnahmen ergreifen, um diesen faschistischen Putsch zu stoppen.

Gezeichnet:

- Alexander Wassiljewitsch Bondartschuk, Ukrainische Arbeiterpartei (Marxisten-Leninisten), Abgeordneter der Ukraine in der 2., 3. und 4. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Natalja Michailowna Witrenko, Progressive Sozialistische Partei der Ukraine, Doktor der Wirtschaftswissenschaft, Abgeordnete der Ukraine in der 2. und 3. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Leonid Iwanowitsch Gratsch, Kommunistische Marxistisch-Leninistische Partei der Ukraine, Doktor der Geschichtswissenschaft, Abgeordneter der Ukraine in der 4., 5. und 6. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Sergej Wassiljewitsch Dowgan, Ehrenvorsitzender der Bauernpartei der Ukraine, Abgeordneter der Ukraine in der 2. und 3. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Jewgenij Georgijewitsch Dubownik, Anti-NATO-Front von Sewastopol, Abgeordneter im Stadtrat von Sewastopol, 5. und 6. Sitzungsperiode,
- Ljudmila Pawlowna Kajotkina, Allukrainischer Frauenverband „Geschenk des Lebens“, Abgeordnete des Regionalparlaments von Donetsk, 5. Sitzungsperiode,
- Sergej Nikolajewitsch Kijaschko, Versammlung Slawischer Völker Weißrußlands, Rußlands und der Ukraine,
- Wassili Fjodorowitsch Kuvshinov, Union Sowjetischer Offiziere, Chigirin
- Nikolai Fjodorowitsch Larinenko, Abgeordneter der Ukraine in der 2. und 3. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Jelena Anatoljewna Masur, Allukrainischer Bürgerverband „Für die Union von Ukraine, Belarus und Rußland (ZUBR),
- Tatjana Alexandrowna Makarenko, Bürgerverband „Russische Gemeinschaft“, Dnepropetrowsk,
- Gennadi Makarow, Koordinierungsrat Russischer Organisationen in der Ostukraine,
- Wladimir Romanowitsch Martschenko, Ukrainische Arbeiterföderation, Abgeordneter der Ukraine in der 1., 2. und 3. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Alexander Wiktorowitsch Swistunow, Russische Bewegung der Ukraine, Abgeordneter des Obersten Rates der Autonomen Republik Krim, 5. Sitzungsperiode
- Walentina Petrowna Semenjuk-Samsonenko, Union der Frauen für die Zukunft der Kinder der Ukraine,

Wir fordern die Führung der UN, der EU und der USA auf, sofort die Aktionen der ukrainischen Naziorganisationen zu verurteilen und ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Bruder- und Bürgerkrieg in unserem Land zu verhindern.

Wir übermitteln Kopien dieses Appells an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrates.

- Kandidatin der Wirtschaftswissenschaften, Abgeordnete der Ukraine in der 2., 3., 4. und 5. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Waleri Alexandrowitsch Sergatschow, Kiew-Rus-Partei, Abgeordneter des Regionalparlaments von Odessa, 5. Sitzungsperiode,
- Olga Nikolajewna Solowenko, Union Eurasischer Völker, Abgeordnete des Regionalparlaments von Odessa, 5. Sitzungsperiode,
- Pavel Wassiljewitsch Tischtschenko, Bürgerverband „Trudowaja Charkowschtschina“, Region Charkow, Abgeordneter der Ukraine in der 3. Sitzungsperiode des Obersten Rada,
- Konstantin Wiktorowitsch Schurow, Russische Gemeinschaft der Ukraine
- Wladimir Wladimirowitsch Bogatyrew, Allukrainischer Bürgerverband „Russische Union“
- Ljudmila Anatoljewna Gorbachowa, „Union Orthodoxer Frauen der Ukraine“, Region Winnitsa,
- Nikolai Wladimirowitsch Kowaljow, Bürgerverband zur Unterstützung der Kanonischen Orthodoxie „Der Weg der Orthodoxen im Namen des gesegneten und apostelgleichen Prinz Wladimir“, Autonome Republik Krim,
- Wladimir Iljitsch Matrochin, Russische Gemeinschaft Lwiw, Abgeordneter des Regionalparlaments von Lwow, 2. Sitzungsperiode,
- Alexej Borisowitsch Merkulow, Unionsbewegung 17.März,
- Alexander Iwanowitsch Ogorodnikow, Union Sowjetischer Offiziere, Uman,
- Alexander Sergejewitsch Pokrowskij, Regionalverband „Intelligenzia für Sozialismus“, Kandidat der Wirtschaftswissenschaften, Abgeordneter des Bezirksrates von Salisnychy in der Stadt Lwiw, 1. Sitzungsperiode,
- Nadeschda Gennadijewna Poljakowa, „Russische Gemeinschaft“, Jewpatorija
- Wiktor Wiktorowitsch Silenko, Allukrainischer Verband russischer Patrioten (VORS)
- Anna Fjodorowna Zysar, Kinder des Krieges, Sewastopol
- Alexander Waruschko, Soziales Sicherheitsforum „Vereinigte Slawische Front“

Wer heizt die Gewalt in Kiew an?

22.01.2014 – Der russische Außenminister Sergej Lawrow wies bei seiner Jahrespressekonferenz am 21. Januar amerikanische und EU-Vertreter wegen ihrer offensiven Einmischung in die Krise der Ukraine zurecht. Auf die Frage, ob die Ukraine auseinanderbrechen könne, sagte Lawrow: „Ich möchte keine hypothetische Diskussion über ein Auseinanderbrechen der Ukraine unterstützen. Russland unternimmt alles in seiner Kraft stehende, das zu verhindern, und die Situation zu stabilisieren.“

In bezug auf die Haltung der EU sagte Lawrow u.a.: „Wir wissen, daß die Situation zu einem gehörigen Grade von außen angetrieben wird. Die das tun, denken noch nicht einmal darüber nach, was im Interesse der Opposition selbst ist und versuchen, Gewalt zu provozieren. Wenn so etwas in irgendeinem EU-Land passiert, hinterfragt niemand die Notwendigkeit, entschieden zu handeln, damit Gewalt und Chaos gestoppt werden können. Aber in diesem Fall gibt es Forderungen von außen ... Bei der OSZE-Konferenz in Kiew Anfang Dezember, verlangten unsere amerikanischen Kollegen, daß die ukrainische Regierung ‚auf die Stimme des Volkes hört‘ und sagten: ‚Wenn sie nicht zuhören, gibt es Chaos.‘ Ich weiß nicht, was das war – eine Prophezeiung oder eine Vision. Aber sehr wahrscheinlich hat jemand ein Interesse an diesem Chaos. Wir nicht. Wir wollen, daß die Ukraine stabil ist. Es gibt zu viele wirtschaftliche, kulturelle und spirituelle Bande, die uns verbinden, um Öl in das Feuer zu gießen, das jemand anderer hier anzufachen versucht. Und die Hauptfrage ist: Was war der Auslöser dieser Proteste? Es war die Tatsache, daß die Regierung, die dazu völlig die Autorität und Kompetenz hat, entschied, zu diesem Zeitpunkt keine Dokumente zu Abkommen mit der EU zu unterzeichnen.“

Im weiteren Verlauf seiner Pressekonferenz fragte Lawrow polemisch nach der politischen Zukunft derjenigen, die z.B. in Griechenland für einen EU-Austritt demonstriert haben, oder derjenigen, die euroskeptische Parteien in anderen EU-Ländern gegründet haben, bzw. was mit der Hälfte der lettischen Bevölkerung sei, die den Eintritt in die Eurozone ablehnt – den die lettische Regierung gerade vollzogen hat. Er betonte, Rußland liege daran, die „entweder-oder“-Haltung zu überwinden, die die EU gegenüber vielen osteuropä-

ischen Ländern an den Tag legt. Bis heute habe die EU keine Erklärung abgegeben, warum sie so kategorisch den Vorschlag des ukrainischen Ministerpräsidenten Azarow für dreiseitige Konsultationen zwischen der EU, Rußland und der Ukraine zurückgewiesen hat.

Währenddessen eskalieren die Auseinandersetzungen in Kiew. Auch wenn sich die Oppositionspolitiker Klitschko, Tjagnibok und Arsenij Jazenjuk von der Gewalt bei den Demonstrationen distanziert haben, rufen sie die ukrainische Bevölkerung auf, nach Kiew zu kommen, um die Regierung zu Fall zu bringen. Witali Klitschko machte bereits die Regierung für mögliche Opfer der Auseinandersetzungen verantwortlich, wenn sie sich weiterhin weigere, die Forderungen der Demonstranten zu erfüllen. Laut einem Bericht des Magazins *Die Zeit* unterstützen Mitglieder von Tjagnibok's Swoboda-Partei aktiv die Gewalt und bringen immer mehr junge Männer nach Kiew. Das Online-Magazin *Telepolis* berichtete, daß die rot-schwarzen Fahnen der extrem nationalistischen westukrainischen Gruppe UNA-USO unter den gewalttätigen Gruppen zu sehen waren, unter denen sich auch Mitglieder von Swoboda befanden. Außerdem tauchte der Anführer der Gruppe Bratstvo, Dmitro Kortschinskij, überall da auf, wo es zu Kämpfen zwischen Polizei und Kampfgruppen kam. Er kämpfte 2008 gegen die Russen in Georgien und war Berichten zufolge auch in Tschetschenien im Einsatz.

Der ukrainische Ministerpräsident Azarow warnte angesichts dieser dramatischen Zuspitzung im russischen staatlichen Fernsehen *Vesti 24* gestern: „Wenn die Provokateure nicht aufhören, wird die Regierung nichts anderes überbleiben, als auf der Grundlage des Gesetzes Gewalt anzuwenden, um unsere Bevölkerung zu schützen.“

Wer immer diese Eskalation vom Westen aus anheizt, muß sich darüber im klaren sein, daß ein solches Spiel mit dem Feuer, zusammen mit den gefährlichen anderen Krisenherden in Nahost und weltweit, auf eine geopolitische Konfrontation zuläuft, die im Zeitalter thermonuklearer Waffen schnell in eine große Katastrophe münden kann. Wer das will, gehört ins Irrenhaus, aber nicht in Positionen politischer Verantwortung.

Quelle: bueso.de/node/6973

Prominenter EU-Abgeordneter Arlacchi: Straßenprotest in der Ukraine wird von profaschistischen Gruppen kontrolliert

29.01.2014 – Pino Arlacchi, früherer Chef des UN-Antidrogenprogrammes und seit 2009 Abgeordneter im EU-Parlament erklärte in einem Interview mit dem italienischen Radio 24 am 27. Januar, der Straßenprotest in der Ukraine sei in den Händen von pro-Nazi-Gruppen; die EU solle aufhören, sich in der Ukraine einzumischen.

Auf die Frage, ob Europa die ukrainische Protestbewegung, die „Europa“ wollte, genügend unterstütze,

sagte Arlacchi: „Es sieht mir nicht danach aus, als ob sie zu diesem Zeitpunkt ‚Europa‘ wollen. Die Straße ist in den Händen von radikalen pro-Nazis und von Swoboda-Nationalisten, von denen ich denke, daß sie sich wenig um Europa scheren.“ Als der Journalist darauf beharrte, daß „ein Teil der Opposition pro-Europa“ sei, antwortete Arlacchi: „Für die EU zu sein, bedeutet auch, für die Methoden und Werte in der EU zu sein. Auf die Straße zu

gehen mit Waffen, zu schießen, öffentliche Gebäude zu zerstören, und dann zu verlangen, daß die Regierung tut, was sie verlangen, sieht mir nicht sehr europäisch aus.“

„Ich bin nicht für die ukrainische Regierung, aber ich falle auch nicht darauf herein, zu denken, daß eine gewalttätige Straßenbewegung das Recht hat, eine demokratisch gewählte Regierung zu stützen. Die Wahlen waren in Ordnung, wir haben sie beobachtet. Ich kann keinen Mob unterstützen, der für sich in Anspruch nimmt, die demokratischen Spielregeln mit Gewalt zu ändern. Sie können Neuwahlen verlangen, sie können einen Rücktritt der Regierung verlangen, sie können alles verlangen, was man richtigerweise verlangen kann, aber das muß mit Methoden geschehen, die mit den Regeln der Demokratie übereinstimmen.“

Als Radio 24 sich auf die Aussage der italienischen Außenministerin Emma Bonino am selben Morgen bezog, die Position von Präsident Janukowitsch sei „unhaltbar“, sagte Arlacchi: „Ich würde sagen, wir wären gut beraten, uns viel weniger in interne Angelegenheiten

anderer Länder einzumischen. Diese europäische Intervention in die Ukraine ist ein Desaster, weil es das Land gespalten hat. Es hat den gesamten Teil, der gegen Rußland eingestellt ist, gegen die andere Hälfte des Landes die pro-Rußland ist, aufgebracht – ohne eine genaue Vorstellung, außer, den Kalten Krieg fortzuführen. Ich habe, zusammen mit vielen anderen Kollegen immer darauf bestanden, daß es nicht mit der europäischen Botschaft übereinstimmt, ein Land so zu spalten; das ist nicht im Interesse Europas. Wir sollten eine neue Politik gegenüber dem Osten aufbauen, basierend auf Dialog unter Einbeziehung Rußlands, statt uns so zu verhalten, als befänden wir uns in den Zeiten des schlimmsten kalten Krieges.“

Arlacchi ist für die italienische Demokratische Partei in der EU-Fraktion Sozialisten und Demokraten (S&D) tätig. Er ist stellv. Vorsitzender in der Delegation für die Beziehungen zu Afghanistan und Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und im Unterausschuss Menschenrechte.

Quelle: bueso.de/node/6985

Sergej Glasjew: EU-Mitgliedschaft ruinierte Ost- und Mitteleuropa – das Prinzip eurasischer Zusammenarbeit

10.01.2014 – *Sergej Glasjew, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und Berater von Präsident Wladimir Putin, stellt in einer internationalen Analyse die These auf, daß Länder wie Griechenland, Zypern und sogar die Türkei besser dastünden, wenn sie sich (statt der EU) der in Vorbereitung befindlichen Eurasischen Zollunion und Eurasischen Union anschließen würden.*

Glasjew war selbst früher Vizesekretär der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sein Artikel mit der Überschrift „Wer wird gewinnen? Politische und wirtschaftliche Faktoren bei der regionalen Integration“ erschien am 27. Dezember auf Englisch und Russisch in der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*. Ähnlich wie schon zuvor in einem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift *The National Interest* belegt er darin, welche Vorteile eine Zusammenarbeit mit der Zollunion für die Ukraine hätte, im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Ausschachtung unter einem Freihandelsregime der EU.

Glasjew nennt dann einige schockierende Beispiele der Zerstörung der produktiven Wirtschaft in den ost- und mitteleuropäischen Ländern, die im letzten Jahrzehnt der EU beigetreten sind, ebenso wie in Griechenland. Hier einige Auszüge:

„**Griechenland:** Als Resultat der auf Forderung der EU durchgeführten Reformen halbierte sich die Baumwollerzeugung, und die Quoten in der Landwirtschaft trafen die lokalen Winzer hart. Die berühmte griechische Schiffbauindustrie existiert praktisch nicht mehr: griechische Reeder kauften seit dem Beitritt des Landes zur EU 770 Schiffe im Ausland...

Ungarn hat die Produktion seiner einst beliebten Ikarus-Busse, deren Produktion im Land in den besten Jahren 14.000 Einheiten erreichte, praktisch eingestellt.

Polen hat seit dem Beitritt des Landes zur EU im Jahr 2004 90% seiner Kohleminen, die mehr als 300.000 Menschen beschäftigten, geschlossen; 75% der polnischen Bergarbeiter haben ihre Arbeit verloren. Polens Schiffbau ist in einer tiefen Krise. Die große Danziger Schiffswerft, die in den 1960er und 1970er Jahren weltweit die meisten Schiffe baute, wurde in zwei Firmen zerschlagen, die keine Aufträge haben. Dutzende kleinerer Werften mußten aufgeben und ihr Personal ging nach Westeuropa. Polen hatte 99 Mrd.\$ Auslandsschulden, als es der EU beitrug, Anfang 2013 waren sie auf 360 Mrd.\$ angewachsen.

Lettland hat seine gesamte Elektro- und Automobilindustrie verloren.

In **Litauen** schrumpfte der Viehbestand um 75%, weil die Bevölkerung nach der Einführung von Milchquoten das Halten von Kühen aufgab. Auf Verlangen der EU hat Litauen sein Kernkraftwerk Ignalina stillgelegt und sich dadurch von Stromimporten abhängig gemacht (und es wird eine Milliarde Euro kosten, das Kraftwerk Ignalina abzureißen).

In **Estland** schrumpfte der Viehbestand auf ein Fünftel, die Landwirtschaft wurde auf die Erzeugung von Biotreibstoff ausgerichtet. Die Maschinenfabrik und das Volta-Werk in Tallinn, die einst Ausrüstung für die Stromerzeugung produzierten, wurden geschlossen. Auf Verlangen der EU reduzierte Estland seine Stromerzeugung um fast zwei Drittel von 19 Mrd. kWh auf 7 Mrd. kWh.

Die EU-Mitgliedschaft traf die Fischereibetriebe in den baltischen Staaten durch Einführung der Fischfangquoten und sogenannte ‚Solidaritätsnormen‘ bei der Nutzung der europäischen Wasserressourcen. 2007 verhängte die EU Geldbußen gegen Litauen, Lettland und Estland, weil sie versuchten, Nahrungsmittelvorräte zur Senkung der Preise anzulegen.“

Ein konstruktiver Ausweg

Angesichts dieser „beklagenswerten Resultate“, schreibt Glasjew dann, könne niemand ernsthaft behaupten, daß die sechs Länder der sog. Östlichen Partnerschaft der EU – Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrußland – von einer Assoziierung mit der EU in irgendeiner Weise profitieren würden.

„Eine unvoreingenommene Analyse enthüllt rein politische Motive hinter der EU-Politik der Östlichen Partnerschaft, mit dem Ziel, Möglichkeiten einer Beteiligung der ehemaligen Sowjetrepubliken an der eurasischen Wirtschaftsintegration mit Rußland zu blockieren. Den antirussischen Kern dieser Politik sieht man deutlich an den konsequenten Bestrebungen von Politikern und Geheimdiensten der NATO-Mitgliedstaaten, sich in die inneren Angelegenheiten der neuen unabhängigen Staaten einzumischen, anti-russische Propaganda zu verbreiten und rußlandfeindliche politische Kräfte zu fördern. Alle ‚farbigen‘ Revolutionen, die vom Westen im postsowjetischen Raum angestachelt wurden, wurzelten in einer fanatischen Rußlandphobie und zielten darauf ab, die Integration mit Rußland zu verhindern.“

Glasjew fährt fort, als Reaktion darauf könne man beispielsweise Ländern, „die von den supranationalen Körperschaften der EU diskriminiert werden“, allen voran Griechenland und Zypern, eine Beteiligung an der eurasischen Integration anbieten. Dabei könne Zypern „als Pilotprojekt für den Übergang von der europäischen Integration zur eurasischen Integration dienen,

insbesondere weil seine Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten nach dem Bankrott seines Bankensystems noch viel wichtiger geworden sind“. Griechenland stehe wahrscheinlich das erniedrigende Schicksal bevor, daß Besitz der Orthodoxen Kirche und des Staates zugunsten europäischer Gläubiger säkularisiert und enteignet wird. Beide Länder unterhielten enge kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen nach Rußland. Glasjew erwähnt auch, daß Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew die Türkei als „einen willkommenen Teilnehmer der eurasischen Integration“ bezeichnet hat.

Vorerst erschienen solche Beteiligungen angesichts der „äußeren Verpflichtungen gegenüber der EU“ vielleicht unrealistisch. Aber Glasjew schlägt vor: „Ein konstruktiver Ausweg aus den wachsenden Widersprüchen zwischen den alternativen Integrationsprozessen in Eurasien wäre es, sie zu einer wirtschaftlichen Kooperation zum beiderseitigen Nutzen zu entpolitisieren. Allerdings scheinen die euro-atlantischen Vertreter nicht bereit zu sein, ihren Anspruch auf Hegemonie in den internationalen Beziehungen aufzugeben, so daß diese Option derzeit unwahrscheinlich erscheint. Wie es scheint, muß man noch abwarten und erst eine weitere Verschärfung der euro-atlantischen Integrationskrise erleben, bevor die Länder Europas und Asiens eurasische Prinzipien gleichberechtigter und beiderseits vorteilhafter Zusammenarbeit akzeptieren können.“

Quelle: bueso.de/node/6956

Sergej Glasjew analysiert die Krise in der Ukraine

03.02.2014 – Der russische Ökonom Sergej Glasjew, Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin für Fragen der regionalen Wirtschaftsintegration, und ein langjähriger Freund des amerikanischen Ökonomen Lyndon LaRouche, gab am 31. Januar dem russischen Magazin *Gazprom* ein Interview. Der folgende Text basiert auf Auszügen von RIA-Novosti und einer Übersetzung ins englische durch EIRNS.

„Es gibt viele Faktoren in der derzeitigen Situation in der Ukraine, aber ich würde gern einen daraus hervorheben, der normalerweise übersehen wird. Es geht um den enormen ausländischen Einfluß auf die öffentliche Meinung in der Ukraine. [Der] Einfluß aus den USA und ihren NATO-Partnern, die im Laufe der letzten 20 Jahren – allein durch offizielle Kanäle des US-Außenministeriums – 5 Milliarden Dollar für Unterstützung ausgegeben haben (laut Victoria Nuland, stellv. Außenministerin), um einen intellektuellen Kreis von Experten aufzubauen, die gegen die Russische Föderation eingestellt sind und russophobische Einstellungen in der ukrainischen Gesellschaft fördern sollen.“

„Zuwendungen von 5-10.000 \$ werden durch Tausende von NGOs an junge Menschen vergeben, Studenten und junge Spezialisten, die dann mit ihren Veröffentlichungen, Presseerklärungen und in Diskussionen

die Gegenleistung dafür erbringen.“ Das Hauptkriterium für die Unterstützung sei, anti-russisch zu sein. „Diese Summe muß man verdreifachen, wenn man die Zuwendungen von seiten der EU und anderen NATO-Ländern hinzurechnet, sowie inoffizielle Zuschüsse, die durch besondere Dienstleistungen arrangiert wurden und die nirgends festgehalten werden.“

„Demnach ist der Faktor der ausländischen Einmischung heute der Faktor Nummer 1, der berücksichtigt werden muß. Wir haben es nicht mit Bandera-Anhängern zu tun (ukrainischer Faschist Stephan Bandera, 1909-59), die plötzlich aus dem Wald gekrochen sind, sondern eher mit dem bewussten, systematischen Vorgehen einer Propaganda-Maschine, die bereits mehr als eine Regierung auf der Welt zerstört hat und die heute die explosive Situation in der Ukraine geschaffen hat.“

Nach seiner Einschätzung hängt es vom Präsidenten der Ukraine ab, wie sich die Situation weiterentwickelt. „Entweder verteidigt er die ukrainische Souveränität und wehrt den Aufstand ab, der von ausländischen Kräften provoziert und finanziert wurde, oder er riskiert, die Macht zu verlieren und dann wird die Ukraine wachsendem Chaos und internen Konflikten gegenüberstehen, aus denen kein Ausweg zu sehen ist.“

Quelle: bueso.de/node/6997